

Antrag

der **AfD-Fraktion**

Thema: Polizeieinsatz beim Hotel Fürstenhof in Leipzig am 6. September 2016

Laut Medienberichten sei in der Nacht zum 6. September 2016, neben anderen Hotels in Deutschland bzw. Österreich, im Fünf-Sterne-Hotel am nördlichen Leipziger Innenstadtring gegen 2.50 Uhr ein Anruf eingegangen. Der Anrufer soll mit einem Terroranschlag gedroht haben. Nach der Terrorwarnung habe er sofort wieder aufgehängt. In der Folge kam es zu einem umfangreichen Polizeieinsatz, der am selben Tag erst um 14:30 Uhr beendet wurde.

Der Landtag möge beschließen:

Die Sächsische Staatsregierung wird aufgefordert, zu berichten:

1. um welche Uhrzeit die Polizei von der Terrordrohung verständigt wurde, wie genau der Wortlaut der Terrordrohung war, auf welche Art und Weise sowie zeitlicher Abfolge sie verifiziert worden ist,
2. wie viele Polizeikräfte von woher (Ort und Dienststelle) insgesamt angefordert wurden und wann dies geschah,
3. in welcher Stärke und um welche Uhrzeit die angeforderten Polizeikräfte am Ort des Geschehens bzw. der Krätesammelstelle eintrafen,
4. aus welchen Gründen genau eine Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) aus Chemnitz zum Einsatz kommen musste an Stelle derjenigen aus Leipzig,
5. wie lange es gedauert hat, die Besondere Aufbauorganisation (BAO) vollständig aufzurufen und welche weiteren Behörden direkt in die BAO eingebunden waren,
6. wie welche Polizeieinheiten vor Ort in welcher Phase ihres Einsatzes in materieller Hinsicht ausgestattet waren, d. h. welche und wie viele Sonderfahrzeuge dort waren, wie die Polizisten geschützt waren,
7. welche Einsatzmittel z.B. Sprengstoffspürhunde zur Anwendung kamen,
8. wie viele Hubschrauber zu welchem Zweck eingesetzt waren,

Dresden, 09.09.2016



Unterzeichner: Kirsten Muster
Datum: 09.09.2016

**Dr. Frauke Petry, MdL
und Fraktion
i.V. Dr. Kirsten Muster, MdL**

9. ob die Polizei in ihrer Arbeit durch unbeteiligte Dritte (Passanten, „Gaffer“) behindert wurde,
10. welche Eingriffsmaßnahmen die Polizei während des Einsatzes und im Zusammenhang mit dem Einsatz ergriffen hat, insbesondere wann mit der Räumung des bedrohten Objektes begonnen wurde,
11. ab welchem Zeitpunkt, für die Hotelgäste ein Notquartier sichergestellt war, wer dies wo betrieben hat und was mit den Hotelgästen in der Zwischenzeit geschah,
12. ob Rettungskräfte, Notärzte, Feuerwehr angefordert wurden bzw. lediglich in Bereitschaft versetzt wurden,
13. ob und in welchem Zeitraum Rettungskräfte vor Ort waren,
14. ob es durch die Bindung von Rettungskräften zu Beeinträchtigungen des normalen Brandschutz- und Rettungsdienstes gekommen ist,
15. auf welche Weise der kommunale Vollzugsdienst eingebunden war,
16. welche sonstigen Behörden in den Einsatz auf welche Weise eingebunden waren,
17. ob und in welchem Umfang es zu Beeinträchtigungen des Straßenverkehrs insbesondere der Zufahrtswege gekommen ist und welche Auswirkungen dies auf den Lagebewältigung hatte,
18. um welche Uhrzeit der Polizeieinsatz exakt beendet wurde,
19. ob und inwiefern eine systematische Auswertung und Nachbereitung des Polizeieinsatzes stattfindet und welche Einsatzkräfte dabei eingebunden werden,
20. ob und wenn welche Schlussfolgerungen bereits aus dem Einsatzverlauf für andere Polizeidirektionen gezogen worden sind,
21. ob und wenn welche Konsequenzen aus dem Geschehen seitens der Polizei für die Zusammenarbeit mit anderen Behörden gezogen werden,
22. ist eine vergleichende oder andersartige gemeinsame Auswertung der Lagebewältigung mit anderen in gleicher Weise betroffenen Städten geplant.

Begründung:

In der Nacht zum 6. September hat offenbar ein böser Streich zweier Jugendlicher aus Österreich zu einem Großeinsatz beim Hotel Fürstenhof in Leipzig geführt. Dieser Antrag zielt darauf ab, umfassende Informationen zum Polizeieinsatz bekommen. Unter anderem wegen der großen öffentlichen Aufmerksamkeit, welche das Geschehen gefunden hat, ist eine Befassung des Landtages angezeigt.